
Newsletter der Bundesvereinigung Lebenshilfe vom 20. Mai 2016

▶ Editorial

Stellungnahmen der Lebenshilfe zum Bundesteilhabegesetz und zum Pflegestärkungsgesetz III

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,

nach sorgfältigen Analysen, umfangreichen Diskussionen und konstruktiv-kritischer Bewertung hat die Lebenshilfe zwei Stellungnahmen zum Bundesteilhabegesetz abgegeben: Eine [politische Stellungnahme der Lebenshilfe](#), die die Punkte in den Vordergrund stellt, die in der Interessenvertretung besonders wichtig sind, und im Verbund der Fachverbände für Menschen mit Behinderung eine detaillierte Bewertung einer Vielzahl von Regelungen, häufig schon mit konkreten Verbesserungsmöglichkeiten.

Beide Stellungnahmen beginnen mit einer Zusammenfassung, die die wesentlichen Aussagen in Kürze darstellt. Wie schon im Vorfeld formuliert, zeigt die intensive Befassung mit den Referentenentwürfen ein gemischtes Bild: Insgesamt werden viele Ziele und die Vorlage des Referentenentwurfes für ein Bundesteilhabegesetz begrüßt. Daneben stehen Regelungen, die sehr kritisch bewertet werden müssen und bei denen dringend Nachbesserungsbedarf besteht. Für die Lebenshilfe sind dabei der Zugang zu Leistungen der Eingliederungshilfe, die gesetzlich festgeschriebene (und im Entwurf unzulässig verengte) Aufgabe der Eingliederungshilfe sowie die Regelungen zur Schnittstelle von Eingliederungshilfe und Pflege entscheidend.

Die umfangreiche [Stellungnahme der Fachverbände](#) bietet eine umfassende Darstellung der geplanten Regelungen, bewertet diese in ihren Auswirkungen und bezieht sie auf die Forderungen im Vorfeld. Die zusammenfassende Einleitung kommt zu dem Schluss: *„Die Fachverbände sind der Auffassung, dass der vorgelegte Entwurf für ein Bundesteilhabegesetz einer gründlichen Erörterung und nachhaltigen Verbesserung bedarf. Er zeigt einige Fortschritte gegenüber dem bestehenden Rechtszustand auf, kann aber in wichtigen Punkten nicht überzeugen. Die geäußerte und im folgenden Text eingehend erläuterte Kritik versehen die Fachverbände mit Vorschlägen für eine adäquate Weiterentwicklung des Gesetzesentwurfs, um dem formulierten Anspruch des Gesetzesvorhabens wirklich gerecht werden zu können.“* Daher ist es weiterhin von hoher Bedeutung, die Interessen behinderter Menschen deutlich zu machen und für Verbesserungen einzutreten – die Anhörung in der nächsten Woche ist nach Abgabe der Stellungnahmen die erste Gelegenheit dazu.

Auch zum *Pflegestärkungsgesetz III* hat sich die Lebenshilfe positioniert: Die Regelungen an der Schnittstelle zwischen Eingliederungshilfe und Pflege überzeugen nicht und schreiben alte Probleme fort. Die Forderung einer gleichberechtigten Inanspruchnahme durch Menschen mit Behinderungen als Versicherte in der Pflegeversicherung werden weiterhin nicht umgesetzt. Das Verhältnis von Eingliederungshilfe und Pflege soll danach so geregelt werden, dass bezogen auf gemeinschaftliche

Wohnformen, vormals stationäre Einrichtungen, die pauschale Abgeltung des Anspruchs auf Leistungen der Pflegeversicherung fortgesetzt werden soll. Im häuslichen Bereich soll dagegen ein Vorrang der Pflege festgelegt werden, sofern nicht der Zweck der Eingliederungshilfe im Vordergrund steht. Damit sind einerseits Streitigkeiten im Einzelfall vorprogrammiert und andererseits die Rechte von Menschen mit Behinderung auf eine umfassende Unterstützung durch beide Systeme nicht sichergestellt. Die [Stellungnahme der Lebenshilfe](#) kritisiert dies in deutlichen Worten. Auch bei der Anhörung im Ministerium werden wir dazu Position beziehen.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Jeanne Nicklas-Faust
Bundesgeschäftsführerin

Andreas Zobel
newsletter@lebenshilfe.de

Inhaltsverzeichnis

-
- ▶ **Aktuelles**
 - ▶ **Leichte Sprache**
 - ▶ **Stellenmarkt**
 - ▶ **Links**
 - ▶ **Bücher**
 - ▶ **Fortbildung**

-
- ▶ **Aktuelles**

Pressemitteilung der Bundesvereinigung Lebenshilfe zum BTHG vom 3. Mai 2016: Entwurf des Bundesteilhabegesetzes bietet Licht und Schatten

Die Lebenshilfe begrüßt, dass nun endlich der Referenten-Entwurf zum Bundesteilhabegesetz vorliegt. „In dem 369 Seiten starken Papier gibt es Licht und Schatten. Darin stecken wichtige Impulse, um die Teilhabe behinderter Menschen in diesem Land voranzubringen. Aber es gibt auch Punkte, wo noch nachgebessert werden muss.“ Das erklärt Ulla Schmidt, Bundesvorsitzende der Lebenshilfe und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, anlässlich des Europäischen Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung am 5. Mai. [Lesen Sie weiter.](#)

Stellungnahmen der Bundesvereinigung Lebenshilfe

Stellungnahme der Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V. zum Referentenentwurf vom 26.04.16 des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales - 18.05.2016

zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit

Behinderungen (Bundesteilhabegesetz - BTHG) - [Lesen Sie weiter.](#)

PSG III: Stellungnahme der Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V. zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Gesundheit - 20.05.2016

zum Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Gesetze (Drittes Pflegestärkungsgesetz - PSG III) - [Lesen Sie weiter.](#)

Stellungnahme der Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V. zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Gesundheit - 06.05.2016

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften, BT-Drucksache 18/8034 (AMG-Novelle; Anhörung am 09. Mai 2016) [Lesen Sie weiter.](#)

Weitere Stellungnahmen zum Referentenentwurf BTHG

Stellungnahme der Fachverbände zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Teilhabe und Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen (Bundesteilhabegesetz – BTHG) - 18.05.2016 [Lesen Sie weiter.](#)

Sechs gemeinsame Kernforderungen zum Bundesteilhabegesetz - 11. Mai 2016

Gemeinsame Forderungen zum Referentenentwurf des BMAS vom 26.04.2016: Deutscher Behindertenrat (DBR), Die Fachverbände für Menschen mit Behinderung, Der Paritätische Gesamtverband, Deutsches Rotes Kreuz, Die Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB). Das Forderungspapier ist seit dem 12.05.2016 mit einer offenen Unterstützerliste versehen, auf der Verbände und Organisationen das Papier mitzeichnen können und namentlich aufgeführt werden; das aktualisierte Dokument finden Sie auf der Seite des DBR (www.deutscher-behindertenrat.de). [Lesen Sie weiter.](#)

Zertifizierte Weiterbildung: Pflegekompetenzen für Menschen mit komplexer Behinderung und im Alter - 6 Module, Start am 5. Oktober 2016 in Marburg

Ziel dieser zertifizierten Weiterbildungsreihe ist es, Mitarbeiter(inne)n aus Diensten und Einrichtungen wesentliche Kompetenzen in den wichtigsten Pflegebereichen zu vermitteln.

Grundlegend ist ein Verständnis, nach der die pädagogische Arbeit mit / für Menschen mit Behinderungen immer auch die Begleitung bei Aktivitäten des täglichen Lebens (ATL) umfasst.

Vermittelt wird, dass Pflegerische Arbeit

| immer auch ein pädagogischer Prozess ist,

| Menschen mit Behinderung so viel Entscheidungs- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten eröffnen soll, wie nur möglich und

| individuelle Wünsche und Bedürfnisse des Einzelnen befriedigen und deshalb biografische Erfahrungen berücksichtigen muss.

Die Themen der sechs Module der Reihe

1. Lagerung und Bewegung

2. Essen, Trinken, Verdauen und Ausscheiden
3. Sondenernährung, Mund- und Zahnpflege
4. Körperpflege
5. Atmung und Atemunterstützung
6. Schmerzen und Schmerzerkennung

Weitergehende Informationen zu den Inhalten und Terminen der Reihe und eine Möglichkeit der Anmeldung finden Sie [hier](#) (VA-Nr. 160914).

Familiale 2016 – jetzt noch Film einsenden!

Noch bis zum **31. Mai** können Beiträge zum großen Wettbewerb für kleine Filme über Familie und Inklusion eingereicht werden. Zum Endspurt hat die Schirmherrin der Familiale Esther Schweins eine Videobotschaft geschickt. Auf www.lebenshilfe-familiale.de lesen, schauen und hören Sie mehr.



Die Fachzeitschrift TEILHABE – jetzt auch als E-Paper!

Die aktuelle Ausgabe der TEILHABE (2/16) ist erschienen – wie gewohnt im Printformat und erstmals auch als E-Paper: www.zeitschrift-teilhabe.de. Schwerpunkte der 2/16 sind: „Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf“ und „Wohnen“. Die Fachartikel im Überblick:

- Die Beschäftigung von Menschen mit geistiger Behinderung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt
- Ambulant unterstütztes Wohnen bei hohem Unterstützungsbedarf
- Gesundheitliche und pflegerische Versorgung von Menschen mit Beeinträchtigungen
- Teilhabe an der digitalen Gesellschaft? Über (vorgelagerte) Barrieren bei/in der Nutzung digitaler Medien
- „spandau inklusiv“ – Organisationsentwicklung und Administrierung kommunaler Bildungslandschaften
- Kunst: Das Projekt „Danger“ von Rohullah Kazimi

Zudem finden Sie interessante Hinweise auf aktuelle Projekte, Buchbesprechungen und Veranstaltungen. Einzelheft: zehn Euro plus Versand; Jahresabo: 36 Euro; für Lebenshilfe-Mitglieder: 28 Euro. Ein kostenfreies Probe-Exemplar kann bestellt werden unter Fax: 06421/491-750 oder E-Mail: Aboverwaltung@lebenshilfe.de

TIPP: Rechtliche Klarstellung zum ermäßigten Umsatzsteuersatz für Werkstätten und Integrationsbetriebe

Seit mehreren Jahren waren eine Reihe von Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) und Integrationsbetriebe mit der sog. Umsatzsteuerproblematik konfrontiert. [Lesen Sie weiter.](#)

Gemeinsames Forderungspapier von DBR und VENRO zur Umsetzung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie

Nach der Verabschiedung der **Agenda 2030** mit den 17 Nachhaltigkeitszielen erarbeitet die Bundesregierung aktuell eine Fortschreibung der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, mit der die Agenda 2030 in und durch Deutschland umgesetzt werden soll.

Neben den Zielen einer nachhaltigen und friedlichen Entwicklung hat die Agenda 2030 den Anspruch "Niemanden zurückzulassen" ("Leave no one behind") und tatsächlich alle Menschen, auch benachteiligte und marginalisierte Gruppen, zu erreichen. Zu diesen Gruppen gehören Menschen mit Behinderung in besonderer Weise. Daher ist es von Bedeutung, dass die neue Nationale Nachhaltigkeitsstrategie diesem Anspruch gerecht wird und Menschen mit Behinderung in den 17 Zielen als Begünstigte, aber auch als Akteure, umfassend berücksichtigt. Welche Punkte dabei wichtig sind, hat VENRO, ein Zusammenschluss von rund 100 deutschen Nicht-Regierungsorganisationen in der Entwicklungszusammenarbeit, in einem gemeinsamen Forderungspapier mit dem Deutschen Behindertenrat (DBR) formuliert. [Lesen Sie weiter.](#)

► Leichte Sprache

Grundrechte in Leichter Sprache (Broschüre)

Die eigenen Rechte kennen und einfordern: Das Netzwerk Leichte Sprache hat eine Zusammenfassung der deutschen Grundrechte in Leichter Sprache herausgegeben. 17 Mitgliedsorganisationen des Netzwerks haben sich honorarfrei an der Texterstellung beteiligt. Alle Beiträge wurden von Menschen mit Lernschwierigkeiten auf Verständlichkeit und von einem Juristen auf Korrektheit überprüft. [Lesen Sie weiter.](#)

► Stellenmarkt

----- A n z e i g e -----

Lebenshilfe Rhein Sieg e.V.: Stellvertretende/n Geschäftsführer/in

Stellenprofil: Erweiterung der Führungsebene mit der Befähigung, sich mittelfristig in weiterführende Leitungsaufgaben einzuarbeiten. [Lesen Sie weiter.](#)

Lebenshilfe Celle gGmbH: Bereichsleitung Wohnen (m/w)

Stellenprofil: Die Lebenshilfe Celle gGmbH sucht im Zuge der Nachfolgeplanung eine Bereichsleitung Wohnen zum Januar 2017. [Lesen Sie weiter.](#)

----- A n z e i g e E n d e -----

 **Links**

Linktipps und Downloads

Breites Bündnis: Hand in Hand gegen Rassismus für Menschenrechte und Vielfalt - Bundesweite Menschenketten am 18. und 19. Juni 2016

Einen Tag vor dem internationalen Gedenktag für Flüchtlinge gemeinsam ein Zeichen setzen - gegen Fremdenhass und für Menschlichkeit, Vielfalt und Weltoffenheit: Menschenketten in Berlin, München, Leipzig, Hamburg und Bochum! Zwischen Moscheen, Kirchen, Synagogen, sozialen Einrichtungen, Flüchtlingsunterkünften, Museen, Theatern und Rathäusern. [Lesen Sie weiter.](#)

Freiwilliges Engagement in Deutschland: Zentrale Ergebnisse des Deutschen Freiwilligensurveys 2014

Der Anteil freiwillig engagierter Menschen steigt, die Beteiligung am Engagement unterscheidet sich aber zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen weiterhin deutlich.

Zunehmend mehr Menschen engagieren sich freiwillig. Im Jahr 2014 sind 43,6 Prozent der Wohnbevölkerung ab 14 Jahren freiwillig engagiert – das entspricht 30,9 Millionen Menschen. In den letzten fünfzehn Jahren ist die Engagementquote um insgesamt knapp zehn Prozentpunkte angestiegen. Insbesondere zwischen 2009 und 2014 hat sich dieser Anstieg dynamisiert: Die Quote ist in einem stärkeren Maße als zuvor angestiegen. Die Zunahme des Engagements kann man auf gesellschaftliche Veränderungen, wie beispielsweise die Bildungsexpansion oder die gestiegene Thematisierung des freiwilligen Engagements in Politik und Öffentlichkeit, zurückführen.

Zum [Deutschen Freiwilligensurvey 2014](#) und zu einer [Beurteilung](#) durch Prof. Dr. Roland Roth im Newsletter des BBE vom 19.Mai 2016: Gewinnwarnung – Anmerkungen zur wundersamen Engagementvermehrung des Freiwilligensurveys 2014.

Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Das Soziale Quartier – Quartierspolitik für Teilhabe, Zusammenhalt und Lebensqualität

Das Quartier – Handlungsrahmen gesellschaftlicher Gestaltungsprozesse

Für die Menschen ist ihr Quartier ein wichtiger Ausgangspunkt für Teilhabe und Engagement. Das Quartier ist der Ort, an dem sie ihre Lebensentwürfe umsetzen. Die konkreten Möglichkeiten, die das Quartier bietet, beeinflussen die Chancen seiner Bewohner_innen, sich entfalten und entwickeln zu können. Die Wohnung und unmittelbare Wohnumgebung, die Ausgestaltung und Sicherheit öffentlicher Räume, Bildungsmöglichkeiten, verkehrliche Anbindung und Versorgungsstrukturen bestimmen die Lebensqualität und die Perspektiven der Bewohner_innen. Für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sind die Quartiere nicht weniger bedeutsam. Denn gerade hier treffen alltäglich gesellschaftliche und individuelle Bedürfnisse, Ansprüche und Notwendigkeiten aufeinander. Sie können zu Widersprüchen und somit zu Konflikten, im schlimmsten Fall zu sozialem Unfrieden führen. Gibt es Raum, sie gemeinsam gestalten und begleiten zu können, stärkt das auch die Werte unserer Gesellschaft, den sozialen Frieden im Sinne einer solidarischen Stadt. Deshalb ist das Quartier ein wichtiger Handlungsrahmen für gesellschaftliche Gestaltungsprozesse. [Lesen Sie weiter.](#)

insieme (Schweiz) empfiehlt die Ablehnung des geplanten Fortpflanzungsmedizingesetzes bei der Volksabstimmung am 5. Juni 2016

Nach dem Referendum gegen das Fortpflanzungsmedizingesetz (FMedG) kommt es am 5. Juni zur Volksabstimmung. Dieses Gesetz würde eine schrankenlose Anwendung der Präimplantationsdiagnostik (PID) ermöglichen. Mittels PID lassen sich Embryonen bereits im Reagenzglas aussortieren. insieme ist gegen eine unbegrenzte Selektion im Reagenzglas und setzt sich ein für eine solidarische Gesellschaft, in der Menschen mit Behinderung dazu gehören – Vielfalt statt Selektion. Der kurze Film „Vielfalt statt Selektion“ zeigt, um was es geht. [Lesen Sie weiter.](#)

Österreich: Internationales Integratives Kulturfestival sicht:wechsel 2016

In wenigen Wochen startet die vierte Ausgabe des Internationalen Integrativen Kulturfestivals sicht:wechsel 2016. Von 21. – 25. Juni 2016 präsentiert es wieder außergewöhnliche Kunst von internationalen und heimischen KünstlerInnen mit und ohne Beeinträchtigung in Linz. [Lesen Sie weiter.](#)

Interdisziplinäre Tagung: Essen und Trinken bei Menschen mit Komplexer Behinderung

Am 23. und 24. September 2016 findet in Leipzig die interdisziplinäre Tagung "Essen und Trinken beim Menschen mit Komplexer Behinderung" statt. Veranstalter ist die Universität Leipzig in Kooperation mit der Universität Koblenz-Landau und der Stiftung Leben pur. [Lesen Sie weiter.](#)



Informieren Sie sich hier über unsere aktuellen [Merchandising-Produkte!](#)

► Bücher

Aus dem Lebenshilfe-Verlag

Neuerscheinung im Lebenshilfe-Verlag Marburg

Tobias Bernasconi, Ursula Böing: Schwere Behinderung & Inklusion

Facetten einer nicht ausgrenzenden Pädagogik

1. Auflage 2016, 15,8 x 23,5 cm, broschiert, 292 Seiten,

ISBN: 978-3-89896-613-9; im Buchhandel 24,50 Euro [D]; Bestellnummer LFK 070

Sonderpreis für Lebenshilfe-Mitglieder: 22,- Euro [D]

Menschen mit schwerer und mehrfacher Behinderung galten – bis in die jüngste Vergangenheit – als ›bildungsunfähig‹. Derart klassifiziert wurde ihnen sozial und anthropologisch lediglich eine Randstellung in der Gesellschaft zugewiesen. Dies implizierte einen umfassenden Ausschluss aus allen pädagogischen Handlungsfeldern. Kein anderer Personenkreis ist historisch derart umfassend von Ausgrenzung betroffen wie Menschen, die als schwer- und mehrfachbehindert bezeichnet werden. Spätestens seit der Ratifizierung der UN-BRK steht die Allgemeine Pädagogik vor der Herausforderung, die Teilhabe aller Kinder, Jugendlicher und Erwachsener – und damit auch der Personen, die als schwer- und mehrfachbehindert gelten – am Bildungssystem zu sichern, Marginalisierung zu vermeiden und Barrieren abzubauen.

Kooperation mit dem ATHENA Verlag Oberhausen. - [Weitere Informationen](#)

► Fortbildung

Bildungsinstitut inForm – Veranstaltungshinweise

Seminar, VA-Nr. 160709

Aufsichtspflicht und Haftung in der Arbeit mit Menschen mit geistiger Behinderung

Leitung: Gabriele Fischer-Mania – Dipl. Sozialpädagogin, Supervisorin DGSv

30. Mai 2016 in Kassel

[Weitere Information und Anmeldung](#)

Seminar, VA-Nr. 161011

Vielfalt im Blick – Kultursensible Beratung und Kommunikation in Frühförderung und Kita

Leitung: Dr. Susanne Schwalgin – Referentin für Migration und Internationales, Bundesvereinigung

Lebenshilfe e.V.; Sabine Kriechhammer-Yagmur – Referentin für Eltern- und Familienbildung,

interkulturelle und inklusive Bildung, Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e.V.

1.–2. Juni 2016 in Frankfurt

[Weitere Information und Anmeldung](#)

Seminar, VA-Nr. 160533

Prozessorientiertes Dateimanagement – transparente Ordnung für alle.

Jedes Dokument und jede Datei sofort finden

Leitung: Wolf Steinbrecher – Dipl. Volkswirt, selbstständiger Berater

14.–15. Juni 2016 in Marburg

[Weitere Information und Anmeldung](#)

Seminar, VA-Nr. 160210

Ich möchte wohnen und leben, wie ich will. Und das Geht!

Leitung: Pia Görg – Dipl. Heilpädagogin, Fachpädagogin für Erwachsenenbildung; Kerstin Kinnen –
Südstadt-Kokobe, Köln

22.–24. Juni 2016 in Marburg

[Weitere Information und Anmeldung](#)

Seminar VA-Nr. 161204

Personenzentrierung beim Wohnen

Leitung: Simone Papamichail – Dipl. Sozialpädagogin (FH), Fachberatung Wohnen Lebenshilfe
Karlsruhe; Professor Dr. Erik Weber – Evangelische Hochschule Darmstadt

23.–24. Juni 2016 in Marburg

[Weitere Information und Anmeldung](#)

Seminar, VA-Nr. 160911

Dialogische Intensivtage zu psychischen Erkrankungen

Leitung: Uta Rautenstrauch – Dipl. Sozialpädagogin, Systemische Supervisorin/Coach, Mediatorin

22.–24. Juni 2016 in Marburg

[Weitere Information und Anmeldung](#)

Sie suchen nach weiteren Themen und Angeboten? Besuchen Sie uns auf

www.inform-lebenshilfe.de

Eine aktuelle Übersicht über die Beiträge, die in den letzten 4 Wochen auf diesen
Internetseiten neu aufgenommen wurden, finden Sie unter SERVICE in der Rubrik [AKTUELLES](#).

Impressum:

Bundesvereinigung Lebenshilfe e. V.,
Raiffeisenstraße 18, 35043 Marburg,
Telefon 06421/491-0, Fax, -167,
E-Mail: bundesvereinigung@lebenshilfe.de

Registergericht: Amtsgericht Marburg

Registernummer: VR 972

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer gemäß § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE 113 34 7507

Herausgeber:

Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.

Verantwortlich für den Inhalt gemäß § 5 Telemediengesetz:

Prof. Dr. Jeanne Nicklas-Faust

Tel: 0 30 / 20 64 11 - 101

Haftungshinweis

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle Übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links.

Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Wenn Sie sich vom Newsletter abmelden möchten, nutzen Sie bitte diesen Link: [Abbestellen](#).